An die Vorsitzende des Jugendhilfeauschusses Rathaus Bergisch Gladbach

V2 10.

51465 Bergisch Gladbach

10. Mai 2011

Resolution des Jugendhilfeausschusses zum Verbot von Tabakwerbung auf privatem Grund in Bergisch Gladbach

Sehr geehrte Frau Münzer,

Wir bitten Sie, die folgende Resolution in die Tagesordnung des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung mit aufzunehmen:

Die Stadt Bergisch Gladbach setzt sich dafür ein, dass in Deutschland ein Außenwerbeverbot (Plakatwerbung im öffentlichen Raum) für Suchtmittel (wie z.b. Tabak, Alkohol) und Glücksspiel eingeführt wird. Sie bittet den Städte- und Gemeindebund in diesem Sinne tätig zu werden und eine entsprechende bundesgesetzliche Initiative auf den Weg zu bringen. Die für Bergisch Gladbach gewählten Vertreter im Landtag und im Bundestag werden gebeten, diese Initiative zu unterstützen bzw. selbst in diesem Sinne aktiv zu werden.

## Begründung:

Die derzeitige Rechtslage lässt die o.g. Werbung auf privaten Flächen zu, so dass Werbeinteressenten im Falle des Ausschlusses von städtischen Flächen auf private Flächen ausweichen. Dies führt letztlich zu einem Kontrollverlust der Stadt über inhaltliche Reglementierung von Tabakwerbung und keinem erweiterten Jugendschutz.

Diesem unbefriedigenden Ergebnis wurde mit dem Kompromissvorschlag in TOP B 4 zuvorgekommen.

Nichts desto trotz hält es der Jugendhilfeausschuss für nicht befriedigend, langfristig Raum für diese Form der Werbung in der Stadt bereitzustellen, insbesondere aus Gründen des Jugendschutzes und appelliert daher an die Verantwortung des Gesetzgebers diese Reklame komplett aus dem öffentlichen Raum zu verbannen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Suchen gez. Marcel Kreutz CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

gez. Bastian Lehmkühler FDP-Fraktion